Nr. 127 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 19. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 30 mm breit, M. 1,50, für das Ausland M. 10,—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5,—, mit Platzvorschrift M. 6,—, für das Ausland M. 20,—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4,50, vierteljährlich M. 13,75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3,75, vierteljährlich M. 11,25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten, Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1,50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4,—. Preis für die Einzelnummer 70 Pf.

Das Versagen des Völkerbundrates

Die Frage eines Bundes der Nationen geht schon Jahrhunderte zurück. Heute ist man nach den Erfahrungen des Weltkrieges dahin gekommen, eine zwischenstaatliche Organisation zu schaffen, die mit einer völkerrechtlichen Schiedsinstanz an der Spitze feste Gestalt anzunehmen beginnt. Durch die ablehnende Haltung des amerikanischen Senates, die die Vereinigten Staaten in einen ernsten Gegensatz zu den führenden Mitgliedern der Entente gebracht hat, ist uns erneut die Erkenntnis gekommen, daß der Völkerbund nicht das ist, was er sein soll. Selbst das Abstimmungsergebnis in der Schweiz und der Beitritt andrer kleiner Staaten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Völkerbund, wie er durch den Versailler Vertrag geschaffen worden ist, nur ein hinkender Bote des künftigen Völkerfriedens ist. Wenn es dazu noch eines Nachweises bedurft hätte, so ist er durch die Tagung des Völkerbundrates in Rom unter dem Vorsitz Tittonis erbracht worden.

Auf dieser Tagung sind die armenische Frage, der Streit um Eupen-Malmedy und der Entwurf eines ständigen Gerichtshofes besprochen worden. Das Ergebnis dieser Tagung ist, soweit wir es übersehen können, ein durchaus negatives gewesen. Es heißt, daß die armenische Frage, die zuerst behandelt wurde, noch nicht erledigt ist und die Besprechung darüber bisher zu keinem Ergebnis geführt hat, und daß erst Beratungen zwischen dem Obersten Rat und dem Völkerbund erfolgen müssen. Die Wünsche des bis heute noch außerhalb des Völkerbundes stehenden Deutschen Reiches, die Abstimmung in Eupen-Malmedy betreffend, stoßen anscheinend auf formelle Bedenken des Obersten Rates, der ein Einschreiten nur dann in Aussicht stellt, wenn ihm die Ergebnisse der Abstimmung vorliegen. Unsres Erachtens nach besteht für den Völkerbund schon heute die Pflicht, durch wirksame Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Durchführung einer unbeeinflußten Abstimmung gewährleistet wird.

Die Vorgänge in Malmedy lassen immer deutlicher erkennen, daß die Belgier sich kein Jota um die Gedanken kümmern, die einem sinngemäßen Völkerbund entsprechen. Das beweist auch wieder die Ausweisung all der Personen, die nach August des Jahres 1914 in die Kreise gezogen sind, obwohl dieser Schritt zu dem artikelmäßigen Recht und verschiedenen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in Widerspruch steht. Das Reich hatte demgegenüber nur die Möglichkeit, an den Völkerbundrat zu appellieren, leider mit negativem Erfolg. Die Haltung des Völkerbundes in dieser Frage wie auch in andern ist bezeichnend. Sie deckt sich aber zur Zeit vollkommen mit den Zielen der Entente. Das ist auch gar nicht zu verwundern, solange neben dem Völkerbund ein Oberster Rat bestehen bleibt. Beide Instanzen nebeneinander bestehen zu lassen ist ein Unding, entweder Völkerbund oder Herrschaft der Entente, entweder Unparteilichkeit oder Zweckpolitik.

Daß bis zum jetzigen Tage allein die Interessen der Siegerstaaten im Vordergrund stehen, vermag nur ein unverbesserlicher Illusionist zu verkennen. Gerade wer den demokratischen Gedanken auch im Leben der Völker und in ihren Beziehungen zueinander verficht, kann sich mit dem Völkerbundspopanz, wie ihn der Friedensvertrag geschaffen hat, niemals befreunden. Man versuche nicht, den schönen Gedanken, der einem gerechten Bund der Völker innewohnt, dadurch zu diskreditieren, daß man auf den Völkerbund von Millerands und Lloyd Georges Gnaden verweist. Dem Völkerbund anzuhangen ist keine Utopie, es ist im Gegenteil für Deutschland die einzige Möglichkeit, sein Recht wahrzunehmen. Mögen die Gegner des Völkerbundes sagen, die Politik von Versailles über Frankfurt nach Hythe sei ein Hohn auf demokratische und pazifistische Erwartungen. Demgegenüber dürfen wir nicht aufhören, in unserm eigenen Interesse für den endlichen Sieg der Vernunft und der Gerechtigkeit zu wirken.

•

Die Beratungen

* Lugano, 18. Mai

Der Völkerbundrat hielt in Rom eine geheime und eine öffentliche Sitzung ab. Der Vorsitzende Tittoni teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß die vom Rat gefaßten Beschlüsse teils in dieser Sitzung, teils in der Schlußsitzung zur Kenntnis gebracht werden sollen. Fragen, über die keine Berichte ausgearbeitet würden, sollten im amtlichen Journal des Völkerbundes veröffentlicht werden. Tittoni kam alsdann auf die armenische Frage zu sprechen, über die noch ein Meinungsaustausch zwischen Präsident Wilson und dem Obersten Rat schwebe. Für den Fall, daß von Präsident Wilson eine negative Antwort eintreffen sollte, hätten neue Besprechungen zwischen dem Völkerbund stattzufinden. Er erklärte weiter, daß Luxemburg dem Völkerbund beizutreten wünsche.

Der japanische Delegierte Matsui verlas darauf seinen Bericht über die Wünsche der deutschen Regierung, die zur Durchführung einer unbeeinflußten Abstimmung in den Gebieten von Eupen und Malmedy die Intervention des Völkerbundes verlange. Sie stützt sich auf die Artikel 34 und 35 des Versailler Vertrages, der verlangt, daß die Festsetzung der Grenze zwischen Belgien und Deutschland einem von den beteiligten Staaten und den hauptsächlichsten Alliierten ernannten Sonderausschuß anvertraut wird, ohne den Völkerbund zu erwähnen. Deshalb könne der Völkerbund nur einschreiten, wenn ihm die Ergebnisse sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages zur Kenntnis gebracht werden.

Der Generalsekretär verlas einen Bericht über die Bildung einer Kommission von Juristen zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines ständigen internationalen Gerichtshofes. Die erste Zusammenkunft dieser Kommission, die auf den 11. Juni festgesetzt worden ist, wird auf Verlangen der holländischen Regierung im Friedenspalast im Haag abgehalten werden. Zum Schluß erstattete Tittoni einen Bericht über die Frage der österreichisch-ungarischen, russischen und deutschen Kriegsgefangenen, die gegenwärtig sich noch in Sibirien befinden und deren Heimschaffung und Unterstützung mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Er betonte, der Völkerbund habe sich mit dieser Angelegenheit befaßt und mit deren Lösung Fridtjof Nansen beauftragt. Dieser habe seine Arbeiten begonnen. Man hoffe, bald seinen Bericht zu erhalten, um, auf diesem gestützt, handeln zu können. Man müsse vermeiden, daß diese Unglücklichen noch einen Winter in Sibirien verbringen müßten. Alle eingereichten Vorlagen, die zur Abstimmung gelangten, wurden angenommen.

•

Um die Aufnahme Deutschlands

Rotterdam, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der „Courant" meldet aus London: Lord Cecil hielt vor der Studentenschaft in Glasgow am Sonnabend eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Er stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß die Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund eine Notwendigkeit für den Wiederaufbau Europas sei. Er hielt den Zeitpunkt, zu dem die Alliierten dem deutschen Drängen nach Aufnahme in den Völkerbund nachgeben müßten, für nicht mehr fern.

•

Wiederaufrichtung Deutschlands

London, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Presse behandelt ausführlich die kommende Konferenz von Spa. Im allgemeinen sind die Artikel in nicht allzu scharfem Tone gehalten. Der „Observer" schreibt, man müsse im Auge behalten, die Forderungen derart zu ermäßigen, daß Deutschland überhaupt und schnell zahlen könne. Augenblicklich leide auch England unter der Verzögerung der Wiederaufrichtung Deutschlands. Der „Evening Standard" befürwortet, daß zunächst Frankreich und Belgien entschädigt werden. Die „Pall-Mall-Gazette" und die „Westminster Gazette" halten es für das sicherste Mittel, von Deutschland die festgesetzten Entschädigungssummen zu erhalten, daß man ihm helfe, wieder in die Höhe zu kommen.

Haag, 17. Mai. (Eig. Bericht.) Hier verlautet, daß sich der Direktor der Niederländischen Bank, Vissering, zur bevorstehenden Konferenz nach Spa begeben wird. Vissering wird bei Angelegenheiten, die den deutsch-holländischen Kreditvertrag betreffen, zu Rate gezogen werden. Außerdem soll das vor zwei Monaten von Vissering ausgearbeitete Memorandum über die Valutaregulierung den Gegenstand von Besprechungen bilden.

•

Zur Sicherung der Kriegsschuld

* Amsterdam, 18. Mai. Im Zusammenhang mit den finanziellen Beschlüssen, die in der Besprechung zwischen Lloyd George und Millerand getroffen wurden, wird aus London gemeldet, daß, um den deutschen Kredit in Bewegung zu setzen, eine ungeheure internationale Anleihe als Pfand für die Kriegsschuld vorgesehen ist, die gleichzeitig in Deutschland, den alliierten und neutralen Ländern aufgelegt werden soll. Französische und britische Sachverständige bereiten die Einzelheiten zur Ausführung dieses Planes vor.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Regelung der Schulden unter den Alliierten den Zahlungen entsprechen werde, die Deutschland macht. Wenn die deutschen Zahlungen sich auf mehrere Jahre verteilen, so verteilen sich auch die Zahlungen der Schuldner der Alliierten an die Gläubiger der Alliierten jenen deutschen Zahlungen entsprechend. Bleibt Deutschland z. B. zwei Jahre mit seinen Zahlungen im Verzug, so unterbrechen die Schuldner der Alliierten zwei Jahre ihre Zahlungen an die Gläubiger der Alliierten.

•

120 Milliarden Goldmark

Der Havas-Vertreter in London hat über die Beratungen von Hythe erfahren, die Ministerpräsidenten hätten 120 Milliarden Goldmark als die von Deutschland zu bezahlende Entschädigungssumme festgehalten, doch scheine kein Einverständnis über den Zahlungsmodus erzielt worden zu sein.

•

Auf Beschluß der Konferenz von Hythe?

+ Berlin, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Frankfurt a. M. hatte die französische Besatzungsbehörde noch am letzten Donnerstag für weitere 355 französische Offiziere Wohnung in Bürgerquartieren angefordert, und zwar für den 25. Mai. Die schnelle Räumung ist nach hier vorliegenden Baseler und Züricher Zeitungstelegrammen auf einen entsprechenden dringenden Beschluß der Konferenz in Hythe zurückzuführen, in dem England und Italien über die Stellungnahme Frankreichs gesiegt haben.

+ Frankfurt a. M., 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Als die Franzosen in die Mainstädte einmarschierten, war die Besetzungsproklamation unterzeichnet „Degoutte, Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungsarmee". Der Abschiedsgruß „Die Franzosen halten ihre Wort" dagegen trug die Unterschrift „Degoutte, Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee". Der augenfällige Unterschied läßt Vermutungen darüber zu, was sich bei den Verbündeten hinter den Kulissen abgespielt haben mag.

•

Frankreich überrascht und enttäuscht

Genf, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Havas-Agentur bringt keinen Bericht über die Gründe, die zur schnellen Räumung Frankfurt a. M. geführt haben. Nach einer Havas-Meldung wird Millerand in einer außerordentlichen Sitzung des Auswärtigen Kammerausschusses am Freitag über die Räumung Frankfurts Erklärungen abgeben. Der „Temps" schreibt: Die Wiederräumung Frankfurts bedeutet den schwersten Prestigeverlust Frankreichs seit dem Abschluß des Friedens. Er kann das Ministerium Millerand zum Sturz bringen.

Gegen Frankreichs Monopolstellung

London, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In maßgebenden Kreisen der italienischen Hochfinanz nimmt die Verstimmung über die Unklarheit der französischen Wirtschaftspolitik immer mehr und mehr zu. Das Interesse der italienischen Großindustrie und der Bankwelt an den deutschen Kohlenbergwerken ist recht erheblich und man sieht nur mit Mißvergnügen zu, wie die Franzosen sich bemühen, gewisse Vorrechte bei ihrer Ausbeutung Deutschlands für sich sicherzustellen. Nach der Annexion von Lothringen ist Frankreich in Besitz einer wirtschaftlichen Machtquelle von außerordentlicher Bedeutung gelangt. Italien kann aber nicht dem zustimmen, daß Frankreich allein in dem Besitz weit ausgedehnter Eisen- und Kohlenquellen bleibt und damit ganz Europa die Preise aufzwingt, die ihm gefallen. Italien wird gegen ein Eisenmonopol in Europa Stellung nehmen müssen. Damit sind die Richtlinien seiner Wirtschaftspolitik einstweilen festgelegt.

•

Eine Vereinigung französischer Annexionisten

F. Paris, 17. Mai. (Eigener Bericht.)

Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Mitte des Vorjahres unter dem Patronate radikaler und nationalistischer Deputierten gegründete „Studienkommission für die wirtschaftliche Gewinnung des linken Rheinufers" in eine Vereinigung umgewandelt worden. Diese „Assoziation" soll ihren Rückhalt bei namhaften Banken und industriellen Unternehmungen besitzen. Es sind auch französische Handelskreise, unter Führung des Politikers und Volkswirtschaftlers Maurice Ajam, für die neue Vereinigung propagandistisch tätig. Das Organ „Exportateur français" wird die Interessen dieser Gruppe wahrnehmen. Die Beziehungen zur Regierung scheinen recht gut zu sein. Es heißt, daß der Handelsminister Chaumet den jüngsten Besprechungen des Studienausschusses beigewohnt hat. Des weiteren wird bekannt, daß sich die Vereinigung nichts weniger als englandfreundlich gebärdet. Es wurde im Gegenteil gegen die „wirtschaftliche Durchdringung des linken Rheingebietes durch englische Industrielle" entschieden Stellung genommen. Mit den handelspolitischen Zielen verbindet die französische Vereinigung auch eine Kulturpropaganda, die sich in einer starken Verbreitung ernster, klassischer französischer Literatur geltend machen soll. Der vorwöchigen Sitzung des französischen Buchhändler- und Verlegersyndikats wohnten Vertrauenspersonen bei, die sich mit der erwähnten Kulturpropaganda befassen. Die Geldmittel der Vereinigung sind sehr bedeutend, und es scheint, daß auch von amerikanischer Seite Unterstützung zugesichert ist. Als das Hauptblatt der Vereinigung ist der Pariser „Eclair" zu bezeichnen, doch tritt auch „Echo de Paris" nebst „Gaulois" für die Interessen der Assoziation ein.

•

Die Streikbewegung in Frankreich

Amsterdam, 17. Mai. Der Sekretär der Pariser Confédération générale du Travail, Jouhaux, richtete an den holländischen Bund der Fachvereinigungen eine Depesche, in der er mitteilt, daß die von den Pariser Regierungs-Agenturen ausgegebenen Lageberichte über die Ausstandsbewegung in Frankreich ein falsches Bild liefern. Die Situation sei für das Ministerium sehr kritisch. Die Arbeiterklasse Frankreichs werde den Kampf gegen die Unterdrücker des organisierten Arbeitertums nicht einstellen. — In holländischen Gewerkschaftskreisen verfolgt man die Vorgänge in Frankreich mit der äußersten Spannung. Falls Millerand zu einer Niederwerfung der Bewegung gelangen sollte, so rechnet man hier auf eine Rückwirkung und meint, daß sich auch in Holland, wo gegenwärtig die Sozialisten eine starke Position in der Kammer innehaben, Widerstände gegen die sozialistischen Forderungen in erhöhtem Maße geltend machen werden.

Dokumente zu den polnischen Umtrieben

* Breslau, 18. Mai. Die „Schlesische Volkszeitung" veröffentlicht im Faksimile die Wiedergabe eines polnischen Dokuments, das die Beteiligung des polnischen Staatsoberhauptes Pilsudski an den oberschlesischen Umtrieben beweist. Aus dem Schreiben, das streng vertraulich ist, geht hervor, daß Pilsudski eine Auszeichnung für treue Dienste für das polnische Militär gestiftet hat. Weiter wird aufgefordert, daß die polnischen Nachrichtenabteilungen in Oberschlesien ihre ganze Kraft einsetzen sollen, um die Einzelheiten der deutschen Organisationen auszukundschaften. Die Hauptabteilung in Beuthen sammle das nötige Nachrichtenmaterial und gibt es weiter. Bei wichtigen Vorkommnissen übergebe das polnische Plebiszit-Kommissariat sämtliches Beweismaterial der Ententekommission in Oberschlesien.

•

Aeußere Politik der Polen

Wien, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Gesandte in Wien Dr. Sparota teilte den Vertretern der Presse über das Ergebnis der Reise des polnischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Patek, der, von San Remo kommend, sich über Wien nach Warschau begeben hat, folgendes mit:

In der Friedensfrage Polens mit Rußland herrsche ein vollständiges Einvernehmen mit den Ententemächten, ebenso wegen der polnischen Gegenoffensive, wobei zu bemerken ist, daß die polnische Armee über eine Million Soldaten und ausgezeichnetes Material verfüge. Was die polnischen Rechte angehe, so verlange Polen die Gewährung der ihm im Versailler Friedensvertrag, Abschnitt 11, Artikel 104, zugestandenen Rechte in Danzig, Rechte, denen von der Entente Rechnung getragen werde. Die Frage Preußisch-Schlesien stehe für Polen, das die Auflösung der Sicherheitspolizei verlange, günstig. Polen werde in Spa vertreten sein. Ueber die tschechisch-polnische Frage teilte der Gesandte mit, daß Polen eine richtige Durchführung des Plebiszits verlange und die Freilassung der gefangengehaltenen Polen. Es bestehen Anzeichen einer versöhnlicheren Haltung der tschechischen maßgebenden Kreise.

Die Regierung und die Kriegsgefangenen in Rußland

Von D. Stücklen, Mitglied der Nationalversammlung

Wir geben in nachstehenden Ausführungen dem verdienstvollen Leiter der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene das Wort, dessen Ausführungen zu den zahlreichen Angriffen widerlegen, die von den Rechtsparteien gegen die Reichsregierung erhoben worden sind und die immer darin gipfelten, daß die Regierung in der Frage der Zurückführung der Kriegsgefangenen nichts getan habe. Da diese Angriffe auch jetzt im Wahlkampf dauernd wiederholt werden, so ist es noch, sie sachlich zu entkräften. D. Red.

Der Krieg hat nicht nur Millionen Menschen das Leben gekostet, andre Millionen ihrer Gesundheit beraubt, sondern auch Millionen die Freiheit entzogen. Deutschland allein hat etwa eine Million Männer zu verzeichnen, die in feindlicher Kriegsgefangenschaft gewesen sind. Beim Abschluß des Waffenstillstandes wurden wir gezwungen, die in Deutschland befindlichen fremden Kriegsgefangenen sofort herauszugeben. Leider war eine Gegenseitigkeit nicht vorgesehen, die deutschen Kriegsgefangenen blieben auch weiterhin im Feindesland zurück. Richtig ist, daß sich auch in Deutschland noch etwa 180 000 Russen befinden; daß sie noch nicht abtransportiert sind, ist aber nicht etwa Schuld der deutschen Regierung. Der Abtransport der Russen war in vollem Gange, als er im Januar 1919 auf Befehl der Entente gestoppt werden mußte. Die Entente wollte verhindern, daß die heimkehrenden Russen in die Rote Armee eintraten. Als dann einige Monate später die Erlaubnis zum Abtransport der Russen wieder gegeben wurde, waren alle Wege, auf denen der Abtransport hätte erfolgen können, verschlossen. Die Rußland vorgelagerten Randstaaten waren zwar bereit, die in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen durchzulassen, nicht aber die Russen, und Rußland wiederum stellte sich auf den Standpunkt, daß die Russen auf demselben Weg heimkehren müssen, auf dem die Deutschen ihrer Heimat zugeführt werden.

Daß der weitaus größte Teil der deutschen Kriegsgefangenen in Feindesland ein hartes und bitteres Los zu ertragen hatte, war der Regierung bekannt. Sie hat auch nicht gesäumt, alles zu tun, um dieses Elend nach Möglichkeit zu ändern. Seit dem Beginn des Waffenstillstandes ist unablässig bei jeder Gelegenheit immer wieder das Verlangen an die Entente gestellt worden, die deutschen Kriegsgefangenen freizugeben, leider ohne Erfolg. Es darf getrost behauptet werden, daß kein Weg unbetritten geblieben ist, von dem man eine baldige Erlösung der deutschen Kriegsgefangenen erhoffen durfte. Trotzdem ist die Regierung der Republik in der unerhörtesten Weise angegriffen worden, als ob man ihr die Schuld an der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen in Feindesland hätte beimessen können. Das Manöver der reaktionären Presse war nur zu durchsichtig. Es galt, die Angehörigen der Kriegsgefangenen aufzuwiegeln und den Kriegsgefangenen selber die Meinung beizubringen, daß die Regierung nichts für ihre Befreiung tue. Die Reaktionäre hofften, in den Angehörigen der Kriegsgefangenen und in diesen selbst willfährige Instrumente zum Kampf gegen die Republik zu finden. Es ist geradezu unerhört, welche Vorwürfe, völlig wider besseres Wissen, gegen die Regierung geschleudert worden sind. Wenn das Werk der Befreiung der Gefangenen abgeschlossen ist, dann wird in einem umfassenden Bericht der Oeffentlichkeit einmal gesagt werden, in welch warmherziger Weise, die nicht mehr überboten werden konnte, sich die Regierung unsrer armen Landsleute angenommen hat, die in Feindesland zurückgehalten worden sind. Wollte man Anschuldigungen und Angriffe erheben, dann müßte man sie gegen jene Kreise richten, die die Gefangenen erst in dieses namenlose Elend hineingetrieben haben.

Die Regierung der Republik, die wahrlich niemals aus Rosen gebettet war, hat einen Betrag von 40 Millionen Mark für die Unterstützung der Kriegsgefangenen in Feindesland ausgeworfen. Zu dieser Aufwendung kam die private Liebestätigkeit hinzu, die allerdings immer geringer wurde. Von der Erwägung ausgehend, daß den bedürftigen Gefangenen bei der Rückkehr in die Heimat weiter geholfen werden müsse, wurde zum Zwecke der Gewährung wirtschaftlicher Beihilfen 150 Millionen Mark bewilligt. Dieser Betrag wird noch erhöht werden, da für den Etat 1920 erneut eine größere Summe vorgesehen ist, die an ganz besonders bedürftige Heimkehrer verteilt werden soll. Für die Heimführungskosten wurden zunächst 800 Millionen Mark ausgeworfen. Diese Summe war aber nicht entfernt hinreichend, um die Kosten für die Heimführung der Russen aus Deutschland und deren Verpflegung sowie die Kosten der Heimführung der Deutschen aus Rußland zu decken. Der dafür erforderliche Betrag darf auf 2000 Millionen Mark veranschlagt werden, die auch bereits bereitgestellt worden sind.

Angesichts dieser gewaltigen Summe, die das völlig verarmte Deutschland für die Gefangenen bereitgestellt hat, müßten eigentlich alle Vorwürfe verstummen; aber unsern Gegnern ist naturgemäß daran gelegen, der Regierung unter allen Umständen Schwierigkeiten zu machen, und es sind auch jetzt noch Bestrebungen am Werke, die Kriegsgefangenen gegen die Regierung aufzupeitschen. Man darf aber sicher annehmen, daß die Gefangenen durch den herzlichen Empfang, der ihnen bei der Rückkehr in die Heimat bereitet wurde, die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Regierung für sie getan hat, was nach Lage der Sache zu tun nur irgend möglich war, und daß sie es ablehnen werden, sich zu Werkzeugen der Reaktion herzugeben.

Um den Empfang der Heimkehrer so herzlich als möglich zu gestalten, wurden von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, zu deren Leitung mich die Regierung berufen hat, über fünftausend Heimkehrstellen geschaffen, die über das ganze Reich verteilt waren. Gern sei anerkannt, daß in diesen Heimkehrstellen Männer aller Parteirichtungen tätig waren, und nur so war es möglich, die Heimkehr reibungslos zu gestalten. Einen Begriff davon, weshalb die Heimkehr so große Kosten verursacht, dürfte die einfache Konstatierung der Tatsache ergeben, daß dem Deutschen Reich jeder einzelne über Wladiwostok heimkehrende Kriegsgefangene nicht weniger als 50 000 M. kostet.

Nach langwierigen mühevollen Verhandlungen ist es jetzt gelungen, auch den Abtransport der in Sowjetrußland noch befindlichen Kriegsgefangenen in die Heimat sicherzustellen. Ich rechne bestimmt darauf, daß bis zum Herbst auch der letzte der dort befindlichen Deutschen in